

\*\*\*\*\*

EA Hannover, Infoladen UJZ Korn, Kornstraße 28, 30167 Hannover



# **\* Newsletter \***

## **Ermittlungsausschuss Hannover**

**Mai/Juni 2017**

\*\*\*\*\*

**\*Sprechstunde jeden 1. und 3. Montag im Monat 19-20 Uhr im Infoladen UJZ Kornstraße\***

### Vorwort

### Rückblick

**\*Sören stören**

**Mit Kanonen auf Konfetti schießen – Bullen und AfD vereint im Antifeminismus**

**\* Zwangsräumungen, Solidarität und Repression**

**\* Wir sind nicht alle – es fehlen die Gefangenen!**

### Ausblick

**\* G 20 in Hamburg**

**\*Sprechstunden und Demobegleitung**

\*\*\*\*\*

### Vorwort

Staatliche Repression verfolgt das Ziel, (potentielle) Verstöße gegen Gesetze zu verfolgen und zu bestrafen, die bestehende soziale, politische und rechtliche Ordnung aufrechtzuerhalten und Herrschaftsverhältnisse abzusichern. Da Polizei und Justiz keine vorurteilsfreie Perspektive inne haben, können Abneigungen von Staatsvertreter\_innen aufgrund gesellschaftlicher Stellung, (angeblicher) Herkunft oder politischer Gesinnung dazu führen, dass manche Menschen schneller oder gänzlich unbegründet verdächtigt und verfolgt werden. Außerdem gelten für Menschen ohne deutschen bzw. westlichen oder EU-Pass häufig strengere Gesetze.

Schikanen der Polizei wie Kontrollen, körperliche Gewalt, Freiheitsentzug, Einleitung von Ermittlungsverfahren, etc. sowie die Drohung und Umsetzung von juristischer Verfolgung durch bürokratisches Geknatter, Demütigungen im Gerichtssaal und daraus resultierende Geldstrafen oder Knast sollen durch Einschüchterung und Isolierung vermeintlich begangene Gesetzesüberschreitungen bestrafen, eventuelle zukünftige verhindern, Aktivist\_innen verängstigen, soziale Bewegungen zerstören u.v.m..

Wir lehnen eine solche Unterwerfungs- und Vergeltungslogik und die Herrschafts- und Unterdrückungsverhältnisse, die dadurch aufrecht erhalten werden, entschieden ab. Mit diesem Newsletter wollen wir emanzipatorische Kämpfe und deren Inhalte, die vom Staat abgewürgt werden sollen, sichtbar machen und unterstützen. Dazu haben wir verschiedene Berichte über Repression gegen Genoss\_innen – überwiegend aus Hannover – zusammen gesammelt. Wir wollen etwas dazu beitragen, dass weder Repression schweigend hingenommen wird noch Paranoia oder Resignation einsetzen. Stattdessen wollen wir dazu aufrufen, kollektive Umgangsformen zu entwickeln, um Betroffene von Repression zu unterstützen und staatskritisches und -feindliches Engagement möglichst unbeschadet zu verwirklichen.

Wenn ihr repressionsrelevante Themen, Prozesstermine oder ähnliches in unserem Newsletter unterbringen wollt, spricht uns in der Sprechstunde an oder schreibt uns eine verschlüsselte Mail.

\*\*\*\*\*

## Rückblick

### **Sören stören**

#### **Mit Kanonen auf Konfetti schießen – Bullen und AfD vereint im Antifeminismus**

Sicherlich haben wir am 1. Februar 2017 vor dem Restaurant und AfD-Treffpunkt La Tarantella in Barsinghausen-Kirchdorf ziemlich genervt. Der Chefantifeminist der AfD Hannover, Sören Hauptstein, wollte drinnen seine Angst-vor-Gender-Mainstreaming-Show abziehen und wir haben gestört.

Die etwa 25 Aktivist\*innen schreckten vor keiner Waffe zurück: Nicht nur wurden Parolen gerufen, Texte gelesen und Punk gehört - nein, neben einem Megafon wurden auch Konfetti und Luftschlangen mitgeführt.

Nachdem die Polizei uns vom Restaurant-Eingang auf den Radweg geschickt und eine Anmelderin gefunden hatte, setzte der kleine Mob seinen Protest fort und begrüßte die Gäste der Genderangst-Veranstaltung mit großem feministischen Hallo.

Mehrere Blödmannsgehilfen der „Alternative für Deutschland“ hatten sich im Laufe der etwa zweistündigen Aktion vor dem Restaurant aufgebaut. Einer der Typen provozierte ein Handgemenge, als er unsere Versammlung angriff und an Transparent und Leuten zerrte. Der wurde in seine freiheitlich-demokratischen Grundordnungsschranken gewiesen, sodass der genderwahnsinnige Haufen unverdrossen weiter Sören stören konnte, der drinnen seine

Ängste vor Aufklärungspuppen, Judith Butler und Unisex-Toiletten referierte. Vor der Tür referierte derweil Sven Patermann, AfD-Vorsitzender in Barsinghausen, in Richtung einer Genossin, wie er seinen Schwanz in ihren Arsch rammen und außerdem auf ihr Gesicht abspritzen würde. Vor solchen Leuten hat der Hauptstein na klar keine Angst, weil er ein richtiger Mann ist.

Weil Kirchdorf ein Scheißnest ist und dieser Zeitpunkt, an dem es am schönsten ist, eingetroffen war, mussten wir unsere Versammlung irgendwann beenden. Am Bahnhof suchten nochmal zwei Bull\*etten die Anmelderin auf und erklärten, der Herr Patermann habe sie angezeigt, weil er von ihr geohrfeigt worden wäre. Die anwesenden Aktivist\*innen drückten darüber ihren großen Unmut aus, der Bulle erklärte, er kenne den Patermann und von dem sei nichts zu befürchten, auch wenn er Namen und Adressen von Leuten habe.

### **Rache der AfD-Helfer\*innen**

Bei näherer Betrachtung mag das sogar sein. Die Staatsgewalt und deren Verwaltungs-Büttel geben sich jedenfalls Mühe, die größeren Schweine zu sein.

Was passiert also, wenn frau eine feministische Aktion gegen die AfD anmeldet?

Erstens: Die Stadt Barsinghausen schreibt einen Brief. Die Anmelderin habe gegen das Versammlungsgesetz verstoßen, indem sie der Auflage, irgendwelchen Müll zu beseitigen, nicht nachgekommen sei. Hierfür wird ein Bußgeld von bis zu 3000 Euro angeboten.

Zweitens: Der Staatsschutz lädt zur Vernehmung als Beschuldigte wegen Körperverletzung.

Drittens: Die Region Hannover schreibt auf Geheiß der Polizeiinspektion Garbsen, dass die Anmelderin verdächtig werde, gegen das Abfallrecht verstoßen zu haben. Für derlei Verstöße ist die Region in der Lage, Bußgelder von bis zu 100000 Euro zu verhängen.

Viertens: Die Stadt Barsinghausen meldet sich mit der Nachricht, dass der Besitzer des Restaurant-Grundstücks rechtliche Schritte gegen sie erwäge. Die Verwaltung wolle wissen, ob es schutzwürdige Interessen der Anmelderin gäbe, die der Herausgabe ihrer persönlichen Daten an den AfD-Freund entgegen stünden.

### **Konfetti ist kein Verbrechen**

Genaugenommen wird hier also die Anmelderin wegen Konfetti und Luftschlangen kriminalisiert.

Wir verstehen diesen absurden Vorgang als Versuch der Einschüchterung und als Feinderklärung an feministische Aktionen.

Dazu erklären wir, die Vertreter\*innen des Genderterrors:

Erstens: Das läuft nicht.

Zweitens: Wir kommen wieder.

Drittens: Das Problem heißt AfD, die Lösung heißt Feminismus.

\* \* \*

### **Zwangsräumungen, Solidarität und Repression**

*Liebe Genoss\*innen, zurzeit bekommen leider gehäuft Menschen aus unseren Zusammenhängen Post von den Cops. Wenn ihr auch Post von den Cops, Gericht oder Staatsanwaltschaft bekommt, meldet euch beim EA und/oder der Roten Hilfe. Und denkt daran: Einladungen und Gesprächsangeboten der Cops müsst und solltet ihr nicht nachkommen! Und verpasst bei Strafbefehlen nicht die Widerspruchsfrist!*

In den vergangenen Monaten hat das Netzwerk Wohnraum für Alle gemeinsam mit vielen verschiedenen Menschen mehrfach gegen Zwangsräumungen in Hannover protestiert und diese teilweise verhindert. Die Proteste brachten Anwohner\_innen, Nachbarschaften und weitere solidarische Menschen auf die Straße. Gemeinsam wurde für eine Aussetzung der Räumungen demonstriert.

In diesem Text möchten wir einen Rückblick auf die letzten Monate machen, um die einzelnen Ereignisse miteinander in Beziehung zu setzen. Denn obwohl die einzelnen Proteste durchaus Beachtung und Unterstützung fanden, scheint es sinnvoll die Kontinuität der Proteste über einen längeren Zeitraum darzustellen. Im Zusammenhang kann gezeigt werden, mit welchen Mitteln die Interessen von Wohnungseigentümer\_innen und Hausverwaltungen durch Polizei und Gerichte durchgesetzt werden und dass es sich lohnt zu protestieren und zu kämpfen, auch wenn die Räumungen letztendlich nicht verhindert werden konnten.

### **Zwangsräumung Kötnerholzweg**

Herr N. wohnte seit über zwei Jahren in seiner Wohnung am Kötnerholzweg in Linden-Nord. Das Jobcenter hat für den Transferleistungsempfänger immer regelmäßig und pünktlich die Miete überwiesen. Allerdings hatte Herr N. unwissentlich nicht mit dem Hauseigentümer einen Mietvertrag geschlossen, sondern mit einem betrügerischen Zwischenmieter. Dieser hat die Mietzahlungen irgendwann nicht mehr weitergeleitet.

Bereits kurz vor Weihnachten war versucht worden, Herrn N. aus seiner Wohnung zu räumen. Doch der Hausbesitzer und die Gerichtsvollzieher\_innen hatten nicht damit gerechnet auf Widerstand zu stoßen. 25- 30 Unterstützer\_innen versammelten sich in den Morgenstunden vor der Einfahrt des Hauses und machten auf die anstehende Räumung aufmerksam. Auch der Anwalt von Herrn N. war vor Ort und verwies auf die Unrechtmäßigkeit der Räumung, da der Einspruch gegen das Urteil des Amtsgerichts noch nicht bearbeitet worden war. Schon bei diesem ersten Räumungsversuch zeigte sich der unbedingte Räumungswille des Hauseigentümers. Nachdem sein Vorhaben sich also juristisch zu diesem Zeitpunkt nicht durchsetzen ließ, kam er in Rage und drohte mit Zerstörung der Fenster, sollte seine Klage nicht erfolgreich sein. Eine Vermittlung konnte unter diesen Umständen nicht zu Stande kommen.

Das Netzwerk Wohnraum für Alle hatte zusammen mit Herrn N. im Januar gefordert, auf die Zwangsräumung zu verzichten und einen neuen Mietvertrag zu schließen. Mietzahlungen wären vom Jobcenter direkt an den Hauseigentümer überwiesen worden. Dies wäre problemlos möglich gewesen und die einfachste Möglichkeit für alle Seiten aus der verfahrenen Lage zu entkommen.

Das Interesse an dieser Lösung war seitens des Eigentümers jedoch nicht vorhanden, so dass für den 23.01.2017 ein neuer Räumungstermin angesetzt wurde. Allerdings vergeblich. Denn die Räumung konnte mit Hilfe eines Anwaltes und durch breiten öffentlichen Protest zur Freude der anwesenden Unterstützer\_innen und des Mieters ein zweites Mal verhindert werden. Im Vorfeld wurde öffentlich zu Protesten aufgerufen. Die Zwangsräumung wurde zum Gesprächsthema im Stadtteil. Plakate und Flyer riefen zu Solidarität auf. Morgens protestierten ca. 80 Menschen gegen die Räumung. Es gab Frühstück, einen Infostand und im Anschluss eine spontane Demonstration über die Limmerstraße. Jedoch zeigte sich auch, mit welchen Mitteln den Protesten begegnet wird: Über 100 Polizeikräfte riegelten den Zugang zum Kötnerholzweg komplett ab. Die Protestierenden wurden vom Ort des Geschehens weggedrängt und waren der ständigen Kontrolle durch die Polizei ausgesetzt.

Auch im Zuge der Spontandemonstration wurde der überzogene Einsatz deutlich. Das Demonstrationsrecht wurde eingeschränkt und die kleine Menschengruppe von einer großen Anzahl Einsatzkräfte mehrfach gekesselt und selbst innerhalb der Fußgängerzone der Limmerstraße auf den viel zu engen Gehweg gedrängt.

Proteste gegen Zwangsräumungen und soziale Verdrängung scheinen eine gesellschaftliche Sprengkraft zu besitzen, wenn sie sich bereits eine Gruppe von 80 Menschen so massiven Einschüchterungsversuchen seitens der staatlichen Organe gegenübersehen.

Diese Beobachtung, die so auch schon im Juli 2015 bei den Protesten gegen die Zwangsräumung in der Nieschlagstraße gemacht wurde, bestätigte sich auch beim dritten Anlauf des Hausbesitzers die Wohnung im Kötnerholzweg am 07.03.2017 räumen zu lassen. Mit einem extrem kurzfristig anberaumten Räumungstermin von nur einer Woche Vorlauf, hatten Polizei und Amtsgericht dieses Mal versucht Proteste zu erschweren. Auch der Räumungstermin um 6 Uhr morgens sollte dem öffentlichen Protest Steine in den Weg legen. Dass laut Gesetz eigentlich eine mindestens zweiwöchige Frist für Räumungen von Wohnraum vorgeschrieben ist, schien beim Amtsgericht niemanden zu stören. In diesem Zusammenhang erstattete der Anwalt des Betroffenen, gegen die drei Gerichtsvollzieher Anzeige wegen Rechtsbeugung.

Die Polizei hatte ab 5 Uhr morgens einen Teil der Straße gesperrt und war mit noch mehr Einheiten vor Ort als schon beim letzten Räumungsversuch. Neben einer Hundertschaft waren auch eine Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE), Teile einer Motorradstaffel sowie zahlreiche Streifenpolizist\_innen im Einsatz. Wie bereits beim letzten Mal ein völlig überdimensionierter und überzogener Einsatz. „Wir interpretieren das gesamte Verhalten von Amtsgericht und Polizei als trotzigere Machtdemonstration. Nach den beiden gescheiterten Räumungsversuchen, wollten sie auf dem Rücken des Betroffenen ein Exempel statuieren“, sagte eine Teilnehmerin der Kundgebung. Dass es sich beim dritten Räumungstermin zusätzlich um den Geburtstag von Herrn N. handelte, hielten viele Anwesende nicht für einen Zufall und sorgte für weitere Empörung. Die Räumung konnte an diesem Tag nicht verhindert werden. Herr N. und sein Mitbewohner mussten die Räumlichkeiten verlassen.

Nun ist der 63-jährige obdachlos, denn eine neue bezahlbare Bleibe hat Herr N. bisher nicht gefunden. Neben der Frage nach der Rechtmäßigkeit der Polizeieinsätze bei juristisch nicht abgeschlossener Sachlage ist auch die Frage nach der Verantwortung der Stadtverwaltung zu stellen. Trotz gesetzlicher Vorschrift ließen sich keine Vertreter\_innen vom Wohnungsamt blicken um Herrn N. bei seiner Wohnungssuche zu unterstützen.

Dennoch haben die beharrlichen Proteste Wirkung erzielt. Immerhin konnte Herr N. drei Monate länger in der Wohnung leben. Besonders in den Wintermonaten ist das bedeutend. Zudem gelang es durch die Schaffung von Öffentlichkeit und durch die ausgedrückte Solidarität dem Gefühl von Isolation und Machtlosigkeit zumindest zeitweise etwas entgegenzusetzen.

### **Zwangsräumung in Herrenhausen durch hanova**

Am 23.03.17 haben etwa 30 Leute das Foyer der städtischen Wohnungsbaugesellschaft hanova betreten und der Forderung, eine geplante Zwangsräumung auszusetzen, lautstark Nachdruck verliehen. Die von der Zwangsräumung bedrohte Familie forderte gemeinsam mit Unterstützer\_innen, dass die für den folgenden Montag angesetzte Zwangsräumung ausgesetzt und eine neue Wohnung gewährt werden soll.

Die Aktion endete mit der Feststellung der Personalien der Aktivist\_innen durch die Polizei. Die Mitarbeiter\_innen und die Geschäftsführung von hanova zeigten sich in der Sache nicht gesprächsbereit und verweigerten auch der Presse gegenüber ein Statement. Den an der Aktion Beteiligten drohen nun Verfahren wegen Hausfriedensbruch.

Vorgeschichte dieser Aktion ist ein Rechtsstreit zwischen der mietenden Familie und der hanova. Die seit über zehn Jahren in der Wohnung lebende Familie hatte vor zwei Jahren wegen eklatanter Mängel eigenständig die Miete gemindert. Durch die schlechte Isolierung sind Lungenkrankheiten bei Mutter und der achtjährigen Tochter verstärkt und vielleicht sogar ausgelöst worden. In dem Verfahren über die Rechtmäßigkeit der Mietminderung entschied die Richterin nach Aktenlage – ohne ein unabhängiges Gutachten zu fordern – zu Gunsten von hanova. Das Jobcenter erklärte sich daraufhin bereit die Ausstände zu begleichen. Dieses Angebot lehnte hanova ab und setzte stattdessen eine Zwangsräumung wegen Mietausständen an.

In dieser Auseinandersetzung kommt erschwerend hinzu, dass wichtige Briefe von Jobcenter und Gericht die Familie nicht oder zu spät erreichten und offensichtlich vorher geöffnet und gelesen wurden. Deshalb konnte auf Fristen teilweise nicht rechtzeitig reagiert werden. Beispielsweise ist der Brief, in dem die Zwangsräumung angekündigt wurde, erst einen Monat nach Zustellungsdatum bei ihnen angekommen. Dennoch hielt die hanova an der Zwangsräumung fest.

Die Zwangsräumung fand dann ein paar Tage später am 27.03.2017 statt. Auch diese Räumung wurde mit einem großen Polizeiaufgebot durchgesetzt. Bereits seit dem Vorabend wurde die Wohnung polizeilich beobachtet. Vor Räumungsbeginn hatte die Polizei die gesamte Straße abgeriegelt und das Demonstrationsrecht eingeschränkt. Der Mieterin und einigen Unterstützer\_innen wurde mehrfach körperlicher Zwang angedroht. Außerdem wurden zwei Personen – auf Initiative der hanova – wegen Sachbeschädigung angezeigt.

Die Familie lebt seitdem in einer Notfallwohnung der Stadt Hannover. Dieses Angebot seitens der Stadt wurde jedoch auch erst aufgrund des entstandenen Drucks durch die solidarische Aktion bei der hanova-Zentrale gemacht. Vorher hatte die Familie mehrfach versucht Kontakt zum Wohnungsamt herzustellen, doch selbst auf Nachrichten, die auf dem Anrufbeantworter hinterlassen wurden, wurde nicht reagiert.

Die Schaffung von Öffentlichkeit hat die drohende Obdachlosigkeit fürs Erste verhindert. Dennoch wurde die Familie durch diesen Umzug gezwungen aus dem Stadtteil zu wegzuziehen. Für die Tochter bedeutet dies einen täglichen Schulweg von über 30 Minuten, den sie auch nicht ohne Begleitung bewältigen kann. Zudem sind bei der Wohnungsräumung Teile des Wohnungsinventars und persönliche Gegenstände beschädigt oder zerstört worden. Zurzeit ist die Familie auf Wohnungssuche, da die Notfallwohnung keine längerfristige Perspektive bietet.

### **Erfahrungen stärken die Bewegung**

Aus den Protesten gegen die Zwangsräumungen Anfang 2017 konnten drei wesentliche Erfahrungen gezogen werden. Diese sind wertvoll für unsere weitere Arbeit und können auch anderen motivierten Menschen zur Einschätzung der Reaktionen und (Miss-)Erfolge der politischen Arbeit geben.

Erstens ist es durch Solidarität mit Menschen in Wohnungsnotsituation gelungen, die isolierte und oft nahezu hilflose Position der betroffenen Menschen zu durchbrechen.

Zweitens ist in der Praxis sehr deutlich geworden, dass Wohnraumverlust durch

Zwangsräumung und damit einhergehend soziale Verdrängung keine Einzelphänomene sind, sondern alltägliche soziale Kämpfe.

Drittens zeigt die Vorgehensweise staatlicher und kommunaler Behörden, wie wenig Unterstützung Menschen, die auf Hilfe angewiesen sind, von ihnen erwarten können.

### **Solidarität statt Isolation**

Schon oft wurde betont: Zwangsräumungen finden in der Regel leise statt. Ohne großes Aufsehen werden Menschen aus ihren Wohnungen geräumt, oft früh morgens. Als Einzelperson ist die Ohnmacht groß. Der behördliche Papierkrieg, psychischer Druck durch die Hauseigentümer\_innen und Vermieter\_innen und die Ausweglosigkeit der Situation aufgrund der schlechten Versorgungslage auf dem Wohnungsmarkt fördern die Resignation. Alleine ist die Situation kaum zu bewältigen. Die während der Proteste auf die Straße getragene Solidarität reißt die Situation aus der Isolation in die öffentliche Wahrnehmung. Anwohner\_innen erfahren von den Vorgängen in ihren Nachbarschaften und beziehen Stellung. Ein öffentlicher Diskurs findet statt. Damit ist schon etwas gewonnen, weil Menschen sich trauen den Mund aufzumachen und sich klar gegen die Praxis von Zwangsräumungen zu positionieren. Zudem wird durch die Anwesenheit von Unterstützer\_innen das Kräfteverhältnis in der Situation verändert. Anstatt alleine mit Vermieter\_innen, Gerichtsvollzieher\_innen und Anwälte\_innen verhandeln und kommunizieren zu müssen, wird den zwangsräumungsbedrohten Personen durch die Präsenz solidarischer Menschen der Rücken gestärkt.

Auch praktisch konnten Verbesserungen erreicht werden. Durch die gute Zusammenarbeit der Protestierenden, dem Anwalt und Herrn N. konnten mehrfach Räumungsversuche abgewehrt werden und die drohende Obdachlosigkeit zumindest zeitweise verhindert werden. Insgesamt hat sich gezeigt, dass es sich lohnt, neben der juristischen auch eine politische Auseinandersetzung zu führen.

### **Soziale Kämpfe um Wohnraum sind alltäglich**

Zwangsräumungen sind keine Einzelfälle. Sie betreffen viele! Schon die 2015 veröffentlichten offiziellen Zahlen zu Zwangsräumungen in Hannover verdeutlichen, dass es sich um ein alltägliches Phänomen handelt: ca. 400 finden jährlich allein in Hannover statt. Durch die beiden öffentlich gemachten Zwangsräumungen wird auch sichtbar, dass nicht nur skrupellose Hauseigentümer\_innen, sondern auch städtische Wohnungsbaugenossenschaften von diesem Mittel Gebrauch machen, um sich in Konflikten um Wohnraum und Miete durchzusetzen.

Soziale Kämpfe um Wohnraum werden täglich geführt. Zwangsräumungen sind dabei nur die krasseste Form der sozialen Verdrängung. Mieterhöhungen, fehlende Transparenz in Abrechnungen, Entmietungen oder ausbleibende Reparaturen können letztendlich auch zum Verlust der Wohnung führen. Diese Prozesse sind alltäglich und es wichtig sie als solche zu erkennen. Sie sind politisch gewollt und müssen politisch beantwortet werden.

### **Tätigkeit der staatlichen Behörden**

Neben einer Menge solidarischer Menschen brachten die Proteste gegen Zwangsräumungen auch immer die staatlichen Behörden auf Trab. Jedoch nicht zum Vorteil der Betroffenen. Selbst nach der Medienberichterstattung war die Stadtverwaltung nicht gewillt, die Situation aufzuarbeiten und Hilfestellung anzubieten. Anstatt Menschen in Notsituation Unterstützung zu leisten, wurden starke Polizeikräfte mobilisiert um die Räumungen gewaltsam durchzusetzen. Dies geschah auch dann, wenn die Prozesse um die Räumungsklagen noch

nicht abgeschlossen oder fehlerhaft waren. Auch wurden Verfahren gegen Aktivist\_innen und Protestierende eröffnet, der Repressionsapparat fängt wieder an zu arbeiten. Auch hier wird wieder sichtbar, dass Staatsanwaltschaft und Polizei als politische Akteure handeln. Sie versuchen, Ansätze einer sozialen Bewegung einzuschüchtern und die Proteste zu schwächen.

Die Proteste konnten die sich sozial und demokratisch gerecht gebende Ordnung demaskieren und deutlich machen, dass verbrieft Eigentumsrechte Priorität haben. Statt jedoch auf soziale Fürsorge durch den Staat zu hoffen, entwickeln wir praktische Solidarität und Widerstand.

Wir werden die Repression gemeinsam ins Leere laufen lassen.

### **Schluss mit Zwangsräumungen und sozialer Verdrängung.**

Auch nach den ereignisreichen Wochen halten wir es weiterhin für richtig gemeinsam gegen Zwangsräumungen und soziale Verdrängung zu protestieren. So schnell wird uns niemand los. Organisiert euch in den Nachbarschaften, organisiert euch im Kiezkollektiv! Das Kiezkollektiv trifft sich jeden ersten Mittwoch im Monat um 19:00h im Stadtteilbüro in der Stärkestraße 19a.

**Netzwerk Wohnraum für Alle!**

\* \* \*

### **Wir sind nicht alle – es fehlen die Gefangenen!**

Unter dem Motto „**You can jail a revolutionary, but you can't jail the revolution!**“ haben am 5. Mai hunderte Menschen in München lautstark gegen den §129 b und die Kriminalisierung linker Strukturen protestiert. Den Aufruf hatten zuvor europaweit 19 Jugendorganisationen unterzeichnet und mit Solidaritätserklärungen unterstützt.

Die Demonstration begann mit einer Kundgebung vor dem Oberlandesgericht München, in dem zeitgleich der Prozess der **10 ATIK-Gefangenen** geführt wurde. Nachdem der Solidaritätsbrief des seit 33 Jahren in Frankreich hinter Gittern sitzenden Palästinensers **Georges Ibrahim Abdallah** gelesen wurde, begann die Demonstration. Der bunte Demonstrationzug, der durch die Innenstadt Münchens zog, erregte durch seine mehrsprachigen Reden und Parolen viel Aufmerksamkeit.

Neben der niederländischen Revolutionaire Eenheid, der französischen Parti Communiste Maoïste, der Jeunes Communiste Lyon und der **Coordination de Groupes Anarchistes** sagte die OCML VP (Organisation Communiste Marxist-Leniniste Voie Proletarienne) unter anderem in ihrem Redebeitrag: „*Die 10 gefangenen Genossen haben bereits in der Türkei wegen Mitgliedschaft in der TKP/ML in den türkischen Gefängnissen jahrelang Folter erlitten und befinden sich zurzeit in einem schlechten gesundheitlichen Zustand. Wir französischen Revolutionäre solidarisieren uns mit den gefangenen Genossen und sagen, dass revolutionärer Kampf nicht bestraft werden kann!*“

Außerdem machten die Freie Deutsche Jugend, **SDAJ München**, MLPD, das Bündnis „**Freiheit für ATIK – Nürnberg**“, die **Neue Frau** und die **YDG** (Neue Demokratische Jugend) in ihren Reden auf die weltweite Repressionen gegen sozialistische und kommunistische Organisationen aufmerksam und riefen zur internationalen Solidarität auf. Aber was war der Anlass der Demonstration?

Während türkische Nationalisten und Faschisten der „Grauen Wölfe“, Anhänger von

islamistisch-faschistischen Organisationen und türkische Geheimdienstler in Deutschland Hand in Hand zusammen agieren können, werden linke türkische und kurdische Organisationen und Personen politisch verfolgt und der staatlichen Repression ausgesetzt.

Seit 9/11 stehen Organisationen wie die **PKK** und die **DHKP-C** europaweit mit dem §129 b unter Verfolgung. Erst vor kurzem wurden 33 Symbole der legalen kurdischen Bewegung verboten; sie würden „den in Deutschland verbotenen Zusammenhalt der PKK fördern“.

Aufgrund ihrer revolutionären und oppositionellen Haltung gegen die türkische Regierung und ihres Kampfes für die Emanzipation der Arbeiterinnen und Arbeiter, der Frauen und der Migrantinnen und Migranten insbesondere in Europa wurden zehn Mitglieder der **Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa (ATIK)** zur Zielscheibe der Repressionsbehörden der BRD. Sie sitzen seit dem 15. April 2015 in bayerischen Gefängnissen. Im Juni 2016 hat ihr gemeinsamer Prozess im OLG München begonnen.

Doch die Anklage der deutschen Bundesanwaltschaft beruht auf fragwürdigen und teilweise falschen Informationen und scheinheiligen Beweismitteln der türkischen Geheimdienste und dient somit der Spaltungs- und Repressionspolitik der AKP Regierung. Deren Berichte wurden nämlich in der Vergangenheit schon mehrmals von internationalen Gerichten als "nicht zulässig" bewertet, weil sie häufig auf unter Folter erzwungenen Geständnissen und/oder auf rechtswidrigen Methoden beschafften Informationen beruhen.

Den zehn Gefangenen wird nach dem im Jahre 2002 eingeführten **Antiterrorparagrafen §129 b** Strafgesetzbuch (StGB) vorgeworfen, Mitglied in einer „ausländischen terroristischen Vereinigung“- konkret der „**Kommunistischen Partei der Türkei/Marxistisch-Leninistisch (TKP/ML)**“- gewesen zu sein. Zu den Anklagepunkten zählt u. a. die bemerkenswerte Beschuldigung, sich an der Befreiung und am Aufbau des Demokratischen Autonomieprojekts in Kobanê/Rojava im syrischen Teil Kurdistans maßgeblich beteiligt zu haben.

Die TKP/ML ist in der Bundesrepublik Deutschland weder verboten, noch wird sie auf der "EU-Terrorliste" geführt. In diesen Verhaftungen sehen wir eine neue Form der machtpolitisch motivierten Strafverfolgung bzw. Kriminalisierung von progressiven migrantischen Einzelpersonen und Organisationen, die sich eigentlich gegen alle fortschrittlichen, demokratischen und revolutionären Kräfte weltweit richtet.

Die Bundesanwaltschaft und die Justiz machen sich damit zum Erfüllungsgehilfen des türkischen AKP-Regimes und seiner antidemokratischen Staatsschutzbehörden. Sie unterstützen damit einen Staat, in dem seit Monaten wieder Pogrome und Massaker gegen Kurd\*innen, Alevit\*innen, Nicht-Muslime, Linke und Sozialist\*innen zum Alltag geworden sind sowie die elementarsten Grundrechte wie Meinungs-, Versammlungs-, Organisations- und Koalitionsfreiheit missachtet werden.

### **Infos zum Prozess und der Artikel über die Demonstration mit Bildern (türkisch):**

<https://www.tkpml-prozess-129b.de/de/>

<http://www.atik-online.net/blog/genclik-orgutleri-devrimcileri-tutuklayabilirsiniz-ama-devrimi-asla.html>

\* \* \*

## Ausblick

### **G20 in Hamburg**

Vom 6.07. bis 8.07. findet das kommende G20 Treffen in Hamburg statt. Die Aufrufe *Welcome to hell* oder *Hamburg sehen, solange es noch steht* versprechen militante Auseinandersetzungen. Ob es zur Herausforderung des Sicherheitsapparates kommt, hängt nicht zuletzt von unserer Aktivität vor Ort und unserer Vorbereitung ab.

Großgipfel mitten in Großstädten sind immer auch Versuchslabore des Sicherheitsapparates. Der Gedanke, den möglichen Ausnahmezustand zu üben, liegt nahe. Wann schon gibt es die Möglichkeit einige Tausend Demonstrant\*innen zu überwachen und zu drangsalieren, die die Öffentlichkeit bereits im Vorfeld als „Chaoten“ abgespeichert hat - die Möglichkeit, die in vielen Papieren als zukunftsweisend beschriebenen Strategien der urbanen Aufstandsbekämpfung zu erproben?

### **Rot – Grüne Sicherheitspolitik**

15.000 Bullen werden offiziell in Hamburg im Einsatz sein, darunter 700 Spezialkräfte, u.a. Scharfschützen. Außerdem angekündigt sind 10 Hubschrauber, ein Kampfjet und 23 Wasserwerfer. Es erwartet uns der größte Polizeieinsatz in der Geschichte Hamburgs. In Sachen Aufrüstung hat sich die Hamburger Polizei kürzlich als erste Polizei in Deutschland einen modernen Panzerwagen für die Aufstandsbekämpfung gegönnt, der auch durch Kugelhagel sicher mit 100km/h manövriert. Im November 2016 gab es außerdem eine neue Schutzausstattung für die Hamburger Bullen inkl. Maschinenpistolen für Streifenbullen und Sturmgewehre für BFE Einheiten.

Als Gesamteinsatzleiter für G20 wurde Hartmut Dudde auserkoren – ein Günstling Roland Schills, bekannt für illegale Einsatzmethoden und seine Strategie der Konfrontation. Das ehemalige Frauengefängnis Hahnöfersand wurde zum Untersuchungsgefängnis für 100 Personen umgebaut und in Harburg wird ein ehemaliger Großmarkt zur Gefangenensammelstelle (GeSa) umgebaut, die für 400 Gefangene Platz haben soll. Praktischerweise wird hier während des G20 auch eine Außenstelle des Amtsgerichts Mitte eingerichtet sein, in der 9 Haftrichter\*innen G20 Gegner\*innen ggf. auch im Schnellverfahren aburteilen werden. Kostenpunkt des Umbaus: 3 Millionen. Flankiert werden diese Vorbereitungen durch Diskussionen zur Einschränkung der Versammlungsfreiheit wie z.B. aktuell eine Demoverbotszone in der gesamten Hamburger Innenstadt. Die staatliche Vorbereitung zeigt sich auch in Anquatschversuchen durch den VS, oder wie bereits in Münster erfolgte sogenannte Gefährderansprachen. Neben genannten und bereits geschehenen Aktivitäten im Vorfeld von Großgipfeln gehören auch Hausdurchsuchungen, Observationen und verdeckte Ermittler\*innen zum Standartrepertoire staatlicher Gipfelvorbereitung.

### **Unsere Vorbereitung**

Diese auf Kontrolle und Repression ausgerichtete, staatliche Vorbereitung sollten wir bei unseren eigenen Vorbereitungen mit berücksichtigen. Konkret könnte das heißen:

Tauscht Euch frühzeitig darüber aus, mit wem ihr nach Hamburg fahren wollt. Besprecht Euch in Eurer Bezugsgruppe welche Risiken ihr eingehen wollt, auf welche Aktionen ihr Lust habt und welche Ängste ihr habt. Absprachen über das gemeinsame Verhalten und Aktionsformen helfen in unübersichtlichen und stressigen Demo/ und Aktionssituationen handlungsfähig zu bleiben.

Auch wenn Offenheit ein wichtiger Faktor ist um als Bewegung relevant zu sein, macht bestimmte Aktionen nur mit Menschen, denen ihr vertraut und über deren Hintergründe ihr informiert seid, und sprecht auch nicht mit Menschen außerhalb Eurer Gruppe über die Aktion.

Lernt die Namen und Geburtsdaten Eurer Bezugsgruppe auswendig, damit der EA sich schnellstmöglich darum kümmern kann, dass Eure Genoss\*innen nicht unnötig lang im Gewahrsam bleiben.

Für Demos und Aktionen empfiehlt es sich zum eigenen Schutz und zum Schutze Eurer Mitaktivist\*innen dunkle und unauffällige Kleidung zu tragen. Nehmt auf keinen Fall Euer privates Smartphone oder Handy mit – wenn Ihr ein Telefon benötigt, dann organisiert Euch ein Demohandy auf dem keine privaten Daten gespeichert sind und das Ihr am besten auch entfernt von Eurer Wohnung ein- und ausschaltet.

Außerdem sollten im Carepaket sein: ausreichend Essen und Trinken, Erste Hilfe Utensilien, Augenspülwasser, Wechselkleidung und auf jeden Fall Medikamente, die ihr regelmäßig einnehmen müsst, da längere Ingewahrsamnahmen nicht ausgeschlossen sind.

Für den Fall von Ingewahrsamnahmen oder Festnahmen gilt wie immer: Verweigert die Aussage! Und lasst Euch nicht einschüchtern. Keine Aussage bei Polizei, Staatsanwaltschaft oder Gericht wird Dich oder Deine Genoss\*innen schützen - das Gegenteil ist der Fall. Name, Meldeadresse, Geburtsdaten, Staatsangehörigkeit sind das einzige was Du angeben musst.

Besteht auf Eurem Telefonat, meldet Euch beim EA, und sagt Euren Namen und was Euch vorgeworfen wird – auf keinen Fall was Ihr getan habt.

Das EA Telefon wird während des G20 Gipfels rund um die Uhr geschaltet sein. Außerdem wird es einen anwaltlichen Notdienst geben. Anwält\*innen werden bei Demos und Aktionen und den GeSas vor Ort sein, bei der Durchsetzung des Versammlungsrechts unterstützen und insbesondere Personen vertreten, die von freiheitsentziehenden Maßnahmen betroffen sind.

Falls Euer Bezug/Eure Gruppe eine Rechtsberatung im Vorfeld des G20 möchte, kommt mit Euren gesammelten Fragen in die EA-Sprechstunde und vereinbart einen Termin mit uns. Wir unterstützen Euch gerne bei Euren Vorbereitungen.

Und räumt mal wieder Euer Zimmer auf, falls ihr das nicht sowieso regelmäßig tut.

Mehr Infos:  
[g20ea.blackblogs.org](http://g20ea.blackblogs.org)  
[anwaltlicher-notdienst-rav.org](http://anwaltlicher-notdienst-rav.org)

\* \* \*

\*\*\*

## **Veranstaltung: Buchvorstellung und Diskussion – Wege durch die Wüste**

– Ein Antirepressionshandbuch für die politische Praxis –

Was tun, wenn die Repression uns in Form von Ermittlungen, Platzverweise, Festnahmen, Überwachung, Durchsuchungen, Vorladungen u.s.w. trifft?

"Wege durch die Wüste" beschäftigt sich aus einer strömungsübergreifenden linksradikalen Perspektive mit Formen staatlicher Repression wie Überwachung, Polizeigewalt, Justiz und Knast.

**Wir haben diese Veranstaltung schon in manchen Städten gemacht oder geplant, wenn ihr Interesse an einer Veranstaltung, konkreten Inhalten oder sonstige Fragen zum Umgang mit Repression – z.B. im Hinblick auf G20 – habt, kommt gerne zu unserer Sprechstunde.**

\*\*\*

## **Sprechstunde und Demobegleitung**

Wenn ihr aufgrund eures politischen Engagements von staatlicher Repression betroffen seid oder Unterstützung bei der Antirepressionsarbeit vor, während oder nach einer politischen Aktion benötigt, könnt ihr uns jeden 1. und 3. Montag im Monat im Infoladen des UJZ Kornstraße finden. Zwischen 19 und 20 Uhr sind wir dort ansprechbar.

Auch wenn ihr keine Fragen und/ oder Beratungsbedarf habt, ist hier ein guter Ort für Austausch und Vernetzung. Repressionserfahrungen von Aktivist\*innen und Gruppen können hier im Kontext von Repressionstendenzen innerhalb linker Bewegung betrachtet werden, um sie so Sache aller und nicht Einzelner werden zu lassen und ein Wissensaustausch stattfinden kann.

Eure Erfahrungen mit Anwäl\*innen sind wichtig für unsere Arbeit. Nur so können wir weiterhin gute Anwäl\*innen vermitteln und weiterempfehlen. Deshalb möchten wir euch einladen vorbeizukommen und eure Erfahrungen mit uns zu teilen.

**\* Jeden 1. und 3. Montag im Monat im Infoladen des UJZ Korn zwischen 19 und 20 Uhr \***

\*\*\*\*\*